

Datum: 29.01.2008

## 11. Europäischer Polizeikongress

### Zypris: Verfassungsprobleme bei Fluggastdaten-Auswertung

von „keine Angabe“

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) hat schwere Bedenken gegen den Plan der europäischen Innenminister geäußert, persönliche Fluggastdaten für die Fahndung nach Terroristen zu verwenden.



Foto: keine Angabe

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) unterstützte das Vorhaben dagegen. EU-Innenkommissar Franco Frattini sagte, Polizei und Justiz müssten enger zusammenarbeiten, um "potenzielle Verwundbarkeiten in den Griff zu bekommen"

**An dem zweitägigen Kongress nehmen 1800 Führungskräfte europäischer Polizei- und Sicherheitsbehörden teil.**

"Ich meine, dass das mit dem deutschen Verfassungsrecht nicht vereinbar ist", sagte sie beim 11. Europäischen Polizeikongress in Berlin. Weiter hieß es: "Ich habe Zweifel, ob der Entwurf so verabschiedet werden kann." Frattini, der auch an dem Kongress teilnahm, will 19 persönliche Fluggastdaten für die Fahndungen nach mutmaßlichen Terroristen verwenden. Wer genau Zugang zu den Daten bekommen soll, ist noch offen. Sie habe ernste Zweifel, ob der Vorschlag der Kommission geltendes Recht werden könne, sagte Zypries. Allein in Deutschland wären von der Speicherung jährlich 50 Millionen Flugpassagiere betroffen.

Zypries plädierte dafür, dass nicht ständig nach neuen und zusätzlichen Gesetzen gerufen werden solle, "sondern wir sollten vor allem für die ordentliche Anwendung des bestehenden Rechts sorgen". So sei die Vorratsdatenspeicherung, die eine Vorgabe der EU ist, erst von sieben EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt worden. Die besten Gesetze würden nichts nützen, wenn nicht Sorge dafür getragen werde, dass sie auch angewandt und umgesetzt würden (...)